



## Doch teilbar?

Martin Link

*Seit die bei den Wahlen im November 2022 erfolgreiche Koalition aus rechtsextremistischen Parteien in Israel u.a. die Demontage der Gewaltenteilung in Angriff genommen hat, kehren immer mehr jüdische und arabische Israelis dem Land den Rücken und suchen eine bessere Zukunft im Exil. Andere haben Woche für Woche zu Massenprotesten gegen den Umbau des Staates in eine Autokratie aufgerufen – das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung und die Siedlergewalt in der besetzten Westbank sowie die prekäre Lage im weitgehend abgeriegelten Gaza-Streifen waren – weil Menschenrechte doch teilbar sind? – bei den Protesten allerdings kein Thema.*

Die ungelöste palästinensische Frage drängte sich aber dem israelischen Staat, der Gesellschaft und der Welt mit Macht ins Bewusstsein zurück, als am 7. Oktober zum 50. Jahrestag des Jom Kippur Kriegs die Hamas und mit ihr verbündete Organisationen Israel kalt erwischen und vom Gaza-Streifen aus eine opferreiche Gewaltspirale vom Zaum brachen. Israel reagiert mit Kriegsrecht und Einheitsregierung, vollständiger Abriegelung des Gazastreifens – mit Strom-, Wasser-, Kraftstoff- und Lebensmittelblockade – und „fast ununterbrochenem“ (taz) Raketenbeschuss.

Nach zwei Wochen sind 1.400 Israelis – Männer, Frauen und Kinder – und 300 Soldaten getötet und fast 200 Menschen entführt. Es sei das „größte Massaker an Juden seit dem Holocaust“,

erklären israelische Regierungsvertreter. Mindestens 1.500 militante Palästinenser werden innerhalb der grünen Grenze getötet und 3.500 Zivilist\*innen im Gaza-Streifen, darunter hunderte Kinder. Verletzt sind knapp 12.500 und 1.000.000 Menschen wurden aus ihren zerstörten Vierteln vertrieben. „Das ist erst der Anfang“, versichert Israels Präsident Netanjahu. Die israelische Armee fordert alle 1,1 Mio. Bewohner von Gaza-Stadt ultimativ auf, sich jenseits des Wadi Gaza in den Süden zu begeben. Wer bleibt, geriete bei der anstehenden Bodenoffensive zwischen die Fronten. Flüchtende werden beschossen. Doch gibt es in der mit 2,3 Mio. Menschen extrem überbevölkerten Enklave ohnehin keine Rückzugsräume. Auch Ägypten macht für Ausgebombte die Grenze dicht, lässt aber Hilfsgüter passieren und warnt Israel vor einer Massenvertreibung. Hunderte fallen einem Angriff auf das Al Ahli Krankenhaus in Gaza Stadt zum Opfer.

Bei Zusammenstößen mit israelischer Armee, Siedlern und Soldaten der Autonomiebehörde in der Westbank sind nach zwei Wochen 60 Palästinenser\*innen zu Tode gekommen und 700 wurden festgenommen. Ob dieser Krieg aus dem Libanon und Syrien noch eine weitere Front bekommt, zeichnet sich durch vereinzelt, aber tödlichen wechselseitigen Beschuss und Evakuierung des Grenzgebiets schon ab.

Die UNO konstatiert Kriegsverbrechen und adressiert hilflose Appelle zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts an beide Seiten, zählt täglich die tatsächlichen Opfer (<https://www.ocha-opt.org/>) und fordert einen Waffenstillstand. Die Fake-Departments der Kriegspropaganda und die oft von Eigeninteressen in der Region geleitete Diplomatie laufen auf Hochtouren.

Der Vorsitzende des auswärtigen Bundestagsausschusses Michael Roth (SPD) hält es nicht für statthaft, eine israelische Mitverantwortung an dem Konflikt zu diskutieren. Das gebiete



die Staatsraison. Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sortiert die Welt in „Länder, in denen Israelhass normal ist“, und die anderen. Hierzulande werden pro-israelische Kundgebungen unterstützt, pro-palästinensische verboten. „Augenmaß ist gefragt!“ appelliert aber der Diplomat und ehemalige Deutsche Vertreter bei der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah, Dr. Andreas Reinicke. Tatsächlich wird eine in schwarzweiß gehaltene Analyse den Ursachen und Wirkungen von 38 Jahren Besatzung und 17 Jahren Abriegelung des Gaza-Streifens und dem auf engstem Raum jahrzehntelangen und extrem ungleichen Nebeneinander des „world's largest open-air prison“ (Gideon Levi) und der vermeintlich „einzigen Demokratie im Nahen Osten“ (Volker Beck) bei diesem auch seitens internationaler Interessenpolitik befeuerten Konflikt wohl kaum gerecht.

Ein differenziertes Betrachten der Hintergründe der seit der Gründung Israels einer Lösung harrenden Palästinenserfrage und ihrer für die Menschen auf beiden Seiten des Zauns jeweils sehr unterschiedlichen Auswirkungen ist für das Verständnis auch der aktuellen, einmal mehr gewalttätigen Zuspitzung hilfreich – und gerade aus der Perspektive des Landes, das für die Verlängerung seiner Geschichte im Nahen Osten historische und damit auch allen Akteuren gegenüber aktuelle politische Mitverantwortung trägt, unerlässlich.

Im Medico-Rundschreiben „Doch teilbar“, das wir dieser Ausgabe des Magazins Der Schlepper beilegen, ist das u.E. gelungen – mit Beiträgen zu Verwerfungen der israelischen Gesellschaft nach Dekaden der Besatzungspolitik, zur Not und Gewalt in Westbank und Gaza, zur zunehmend fluchtauslösenden Frontenbildung und auch zur hierzulande entbrannten rechtspolitischen Auseinandersetzung um Qualität und Statthaftigkeit exilpolitischer Auseinandersetzung. Lesenswert!

**Wenn Sie die Beilage in Ihrem Schlepper-Exemplar nicht vorgefunden haben, liefern wir sie gern nach:**

office@frsh.de oder im Download:

[https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl\\_107/Beilage\\_Medico.pdf](https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_107/Beilage_Medico.pdf)

Rundschreiben  
02/23

**m**  
medico international

**Doch  
teilbar**

Menschenrechte in Israel/Palästina |  
Autoritäre Mehrheiten: Türkei, El Salvador,  
Europa | Global Assembly in Frankfurt